



Österreich droht die Inflationskrise: Was jetzt auf uns zukommt!

SPÖ-Finanzminister Marterbauer bekräftigt Steuererhöhungen, während die FPÖ vor Inflation warnt. Österreichs wirtschaftliche Zukunft im Fokus.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 15. März 2025 hat der österreichische Finanzminister Marterbauer in einem Auftritt in der ZiB-2 ein umfassendes Steuererhöhungspaket der Bundesregierung bestätigt. Dies stößt auf scharfe Kritik von Alexander Petschnig, dem geld- und währungspolitischen Sprecher der FPÖ. Petschnig warnt, dass diese Steuererhöhungen eine sofortige Erhöhung der Inflation nach sich ziehen werden, was für die Österreicher sehr belastend ist. Er befürchtet, dass die Bevölkerung bald nach höheren Lohnabschlüssen rufen wird, da insbesondere alltägliche Konsumgüter von den Maßnahmen betroffen sind. Diese Entwicklungen könnten Österreich zur Inflationsspitze innerhalb der Eurozone machen, eine ungeahnte und unerwünschte Situation, wie Petschnig betont. Im Gegensatz dazu steht das Bestreben der Europäischen Zentralbank (EZB), die Inflationsrate unter Kontrolle zu halten, während die Bundesregierung die Ausgleichszahlungen zur Reduzierung der Auswirkungen der steigenden Inflation als unzureichend erachtet.

Steigende Inflation und ihre Ursachen

Die Inflationsrate hat sich im Verlauf des letzten Jahres kontinuierlich erhöht. Im September 2024 lag sie bei 1,6 Prozent, während die Lebensmittel- und Dienstleistungspreise

den Anstieg weiter anheizen. Insbesondere die Energiekosten haben in den letzten Monaten weniger Einfluss auf die Inflationsrate geübt. Dies ist ein Warnsignal für die Wirtschaft, da die Inflation in Kombination mit stagnierender wirtschaftlicher Entwicklung schnell zu einer Stagflation führen kann. Wie die **Bundesregierung** analysiert, sind Maßnahmen zur Bekämpfung solcher Wirtschaftsphänomene dringend erforderlich.

Petschnig hebt zudem hervor, dass die Regierung am besten daran tut, von neuen Steuererhöhungen abzusehen, da diese nur zur weiteren Verschärfung der Inflationsproblematik führen würden. Diese kritische Lage erfordert schnelles Handeln, um sowohl die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs als auch die Kaufkraft der Bürger zu sichern. Der Politik wird geraten, sich darauf zu konzentrieren, den Menschen in dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage zu helfen, anstatt neue finanzielle Belastungen aufzuerlegen.

Details	
Vorfall	Finanzmarkt
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.bundesregierung.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at